

Schaffhauser Politiker fordern Durchleuchtung der VBS-Skandale

- 27.02.2025
- Schaffhauser Nachrichten
- Till Burgherr

Thomas Hurter und Linda De Ventura sind sich einig, dass das VBS-Debakel beendet werden muss - die Lösungen gehen aber auseinander. SCHAFFHAUSEN/BERN. Das Verteidigungsdepartement (VBS) versinkt im Chaos. Mitte Januar verkündete die Verteidigungsministerin ihren Rücktritt, seit dann ging es nur noch bergab, es kamen immer neue Baustellen ans Licht. Am Montag erschütterte ein Korruptionsskandal bei der Ruag das Land, das VBS hatte zu wenig genau hingeschaut.

Am Dienstag machte die NZZ publik, dass Armeechef Thomas Süssli und der Nachrichtendienst-Chef Christian Dussey gekündigt haben. Die Abgänge sind durch eine Indiskretion publik geworden. Auch das ist besorgniserregend und sorgt bei Sicherheitspolitikern in Bern für Aufregung. Die SP fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK), die den Ruag-Skandal durchleuchtet. Die Schaffhauser Sicherheitspolitikerin Linda De Ventura findet diesen Schritt dringend angezeigt.

«Im VBS geht es drunter und drüber. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass wirklich alle Fakten auf den Tisch kommen.» Eine PUK soll Licht ins Dunkle bringen, «damit die richtigen politischen und strukturellen Schlüsse gezogen werden können». Kritik am Zeitpunkt Nationalrat Thomas Hurter sieht das anders. Zwar räumt er ein: «Die Abläufe beim Rüstungskonzern Ruag waren nicht sauber.

» Doch eine PUK hält er für unnötig: «Bei der Ruag läuft ein Verfahren, da braucht es kein politisches Instrument, das zusätzlich eingreift.» Stattdessen müsse man die juristischen Untersuchungen abwarten und parallel dazu die internen Prozesse sowie die Bewilligungsverfahren kritisch prüfen. Hurter und De Ventura sind sich aber grundsätzlich einig, dass viele Kontrollmechanismen versagt haben. «Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine einzige Person die Kompetenz hatte, so etwas durchzuführen», sagt Sicherheitspolitiker Thomas Hurter. «Ich bin überzeugt, dass mehrere Personen involviert waren.

» Dem müsse man nachgehen. Amherd im Fokus Verteidigungsministerin Viola Amherd steht derzeit massiv in der Kritik - der Vorwurf: Sie habe nicht genau genug hingeschaut. Thomas Hurter sieht das jedoch differenzierter und nimmt die Bundesrätin teilweise in Schutz. «Sie ist als VBS-Chefin zuständig, hat aber keinen direkten Einfluss auf operative Entscheidungen.» Besonders brisant ist in diesem Zusammenhang ein Whistleblower-Hinweis aus dem Jahr 2019.

Bereits damals warnte eine anonyme Quelle vor Missständen bei der Ruag. «Viola Amherd hat uns in der sicherheitspolitischen Kommission darüber informiert, und mit anonymen Quellen ist es immer heikel, um deren Glaubwürdigkeit zu überprüfen», sagt Hurter. Die Ruag habe der Bundesrätin damals mitgeteilt, es gebe keine Probleme. Deshalb könne man ihr nicht vorwerfen, sie habe nicht hingeschaut. «Als sie die Problematik dann erkannte, hat sie Massnahmen eingeleitet.

» Linda De Ventura sieht das kritischer. «Es beunruhigt mich, in welchem Mass mutmasslicher Betrug und schwerwiegende Verletzungen interner Vorschriften über Jahre hinweg und trotz anonymer Meldung nicht erkannt wurden.» Schon vor Jahren habe es Warnungen und Fragen zur Struktur gegeben. «Dennoch wurde die Ruag vom BimD und vom VBS bis jetzt an der langen Leine gelassen.» Abgängerunsicher Auch die vielen Kündigungen bereiten der Sicherheitspolitikerin Sorgen.

Seit Anfang Jahr haben fünf Leute, die massgeblich für die Sicherheit der Schweiz verantwortlich

sind, den Hut genommen. «Es ist fatal, dass genau in dieser geopolitisch angespannten Lage praktisch gleichzeitig der Nachrichtendienstchef, der Chef der Armee, der Luftwaffenchef sowie die zuständige Bundesrätin ihren Rücktritt bekannt geben und es gleichzeitig riesige Baustellen bei wichtigen Beschaffungsprojekten und einen Skandal bei der Ruag gibt.» Thomas Hurter kennt den Armeechefprivat. «Sein Abgang ist für mich keine Überraschung», sagt er. «Wenn ein neuer Chef kommt, musst du entweder gehen oder nochmals fünf Jahre bleiben.

» Auch der Rücktritt des Nachrichtendienst-Chefs überrasche nicht, sagt Hurter. Dieser habe den Dienst neu aufgebaut - aber nicht in die richtige Richtung. «Durch diesen Umbau war der Nachrichtendienst in der vergangenen Zeit mehr mit sich beschäftigt als mit dem eigentlichen Auftrag.» Die Armee sei aber aus seiner Sicht, trotz den turbulenten Abgängen, einsatzfähig. «Die Angehörigen der Armee kennen ihren Job und wissen, was zu tun ist.